

Interpellation Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden/Urs Frieden, GB): Wie nachhaltig sind Berner Unternehmungen bei der Stromwahl

Gemäss Energie Wasser Bern (ewb) sind vor allem Privatkundinnen bereit nachhaltige Energieprodukte zu wählen und ihren Beitrag für eine nachhaltige Energiestrategie zu leisten. 3/4 der Bernerinnen wählen erneuerbare Stromprodukte (insbesondere die beiden Produkte ewb.Wasser.Kraft (56%) und ewb.berner.Kraft (15%), aber auch mit 7% ewb.Natur.Kraft. Dies ist eine erfreuliche Entwicklung.

Unverständlich ist aber, dass die mittleren und grossen Berner Unternehmungen zu 93% auf den (vordergründig) billigsten Atomstrom setzen und keinen Beitrag zu einer nachhaltigen Energiepolitik leisten wollen. Die Grosskunden wie private Firmen, aber auch Verwaltungen verbrauchen aber den grössten Teil des Stroms. Daher kann die erfreuliche Energiestrategie des Gemeinderats nur dann Früchte tragen, wenn auch die Unternehmungen ihren Beitrag leisten.

Dass es auch anders geht, zeigen Unternehmen in der Stadt Zürich.¹ Dort setzen vor allem Banken, Versicherungen und andere Dienstleister wie etwa die Swisscom freiwillig auf Ökostrom. Ab Oktober deckt die UBS rund 80 Prozent ihres Bedarfs mit Strom aus Wasser-, Wind- und Sonnenenergie sowie aus Biomasse. Neu gilt der Finanzkonzern als grösster Solarstrombezüger im Land. Atomenergie, die bisher 60 Prozent ausmachte, spielt bei der UBS künftig fast keine Rolle mehr. Auch die Swiss Re fährt den Nuklearanteil am Standort Zürich herunter. Auf Ende 2007 ist sogar der Totalausstieg geplant. Und in den letzten Wochen haben sich weitere bekannte Firmen für mehr Naturpower entschieden, darunter die Zürcher Kantonalbank und Allianz Suisse.

Wir fragen den Gemeinderat daher an:

1. Wie schätzt der Gemeinderat für die Umsetzung der Energiestrategie den Entscheid der Berner Wirtschaft (Fokus auf Atomenergie, kaum Beitrag zu erneuerbaren Energien) ein?
2. Wie verhalten sich die öffentlichen Grosskunden wie Bundesverwaltung, Kantons- und Stadtverwaltung, Spitäler bei der Stromwahl?
3. Mit welchen Massnahmen gedenkt der Gemeinderat Unternehmungen zu motivieren, ihren Beitrag für eine nachhaltige Energiepolitik zu leisten?
4. Wie kann die öffentliche Hand Unternehmen bei der Verbesserung ihrer Energieeffizienz unterstützen?
5. Prüft der Gemeinderat Massnahmen, wie z.B. die Berücksichtigung der Stromwahl als Kriterium (bei Ausschreibung und Zuschlag) bei öffentlichen Aufträgen/Submission?
6. Ist der Gemeinderat bereit, Unternehmungen mit einem nachhaltigen Energiemix einen positiven Anreiz zu gewähren (z.B. Erwähnung auf der Homepage als „best practise“)?

Bern, 23. November 2006

¹ Quellenangabe: „Gegen den Strom“, in: Facts vom 21.09.2006; Seite 54/Wirtschaft

Interpellation Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden/Urs Frieden, GB), Hasim Sancar, Catherine Weber, Simon Röthlisberger, Anne Wegmüller, Franziska Schnyder, Myriam Duc, Daniele Jenni

Antwort des Gemeinderats

Die in der Interpellation der Fraktion GB/JA! aufgeworfenen Fragen bezüglich der Nachhaltigkeit von Berner Unternehmungen bei der Stromwahl können wie folgt beantwortet werden:

Zu Frage 1:

Es ist dem Gemeinderat ein Anliegen, dass auch die Wirtschaft ihre Beiträge an eine nachhaltige Energiepolitik leisten sollte. Einerseits sollte sie einen Beitrag an die Energieeffizienz leisten, andererseits auch an die erneuerbaren Energien. Deshalb hat die Stadt Bern mit ihrer Kampagne „bernatmetdurch“ auch einen Fokus auf die Wirtschaft gesetzt, in dem eine Klimaplattform der Wirtschaft lanciert wurde. Hier können in direkten Verhandlungen mit den Unternehmen individuelle Zielvereinbarungen bezüglich erneuerbare Energien und Energieeffizienz getroffen werden. Die Resultate dieser Kampagne werden im Herbst 2007 erwartet.

Zu Frage 2:

Die momentane Situation präsentiert sich wie folgt:

Die Verbrauchsstellen der Liegenschaftsverwaltung der Stadt Bern beziehen ausnahmslos das von ewb vorgeschlagene Produkt „ewb.WASSER.kraft“. Da die Konsumstellen der Liegenschaftsverwaltung fast ausschliesslich den Netznutzungskategorien Home und Economy angehören, liefert ewb dort Strom aus erneuerbarer Energie (in der Regel aus Wasserkraft).

Bei den Stadtbauten verhält es sich ähnlich. Allerdings kann davon ausgegangen werden, dass die Konsumstellen der Stadtbauten teilweise auch den Netznutzungskategorien Business und Professional angehören und somit auch Strom aus nicht erneuerbaren Energien beziehen. Ewb hat den Stadtbauten ein Angebot mit verschiedenen Stromliefervarianten unterbreitet. Der Gemeinderat hat sich für ewb.Wasser.Kraft. und 20 % ewb.Natur.Kraft.Wasser. entschieden.

Die Kantonsverwaltung bezieht momentan ebenfalls das von ewb vorgeschlagene Default Produkt. Da hier einige Verbrauchsstellen den Netznutzungskategorien Business oder Professional zuzuordnen sind, dürfte der Kanton zu einem beachtlichen Teil Strom aus nicht erneuerbarer Energie beziehen. Mit dem Kanton ist ewb momentan betreffend der Wahl der Stromqualität in intensivem Kontakt.

Die Bundesverwaltung hat bereits in der Vergangenheit einen Teil ihres Strombezugs mit Ökostrom gedeckt. Dieser Anteil Ökostrom wurde beibehalten. Den restlichen Strombedarf deckt die Bundesverwaltung vor allem mit Strom aus nicht erneuerbaren Energien.

Aus Sicht von ewb ist es natürlich wünschenswert, dass sich die öffentlichen Grosskunden für alle Verbrauchsstellen für Energie aus erneuerbaren Quellen entscheiden. Das Ziel der Energiestrategie der Stadt Bern, welches vorsieht, 20 % des Stromverbrauchs der städtischen Verwaltung und Schulen mit Ökostrom abzudecken, ist noch nicht erreicht.

Zu Frage 3:

Ewb will erneuerbare Energien durch persönliche Gespräche sowie durch damit einhergehende Marketing- und Kommunikationsmassnahmen vermehrt auch bei Grosskunden fördern. Dies ist eines der erklärten Ziele für das Jahr 2007. Erneuerbare Energien sind auch ein fester Bestandteil der neuen Stromlieferverträge. Für Kundinnen und Kunden, welche im 2007 einen neuen Stromliefervertrag mit ewb abschliessen, wird als Standardprodukt ewb.WASSER.Kraft offeriert.

Die Klimaplattform der Wirtschaft, welche innerhalb der Kampagne „bernatmetdurch“ lanciert wurde, ermöglicht direkte Gespräche mit den Unternehmen. In individuellen Zielvereinbarungen können die Unternehmen ihren Beitrag an eine nachhaltige Energiepolitik leisten.

Zu Frage 4:

Der Gemeinderat hat anlässlich der Genehmigung des Neuen Preissystems Elektrizität (NPE) an seiner Sitzung vom 26. April 2006 Energie Wasser Bern beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Energiefachstelle ein Anreizsystem zum sparsamen Umgang mit elektrischer Energie und zur Förderung erneuerbarer Energien auszuarbeiten. Das Konzept wurde in den letzten Monaten erarbeitet und wird in Kürze dem Gemeinderat vorgelegt.

Zu Frage 5:

Es gibt heute keine gesetzlichen Grundlagen, die der Stadt Bern erlauben würden, jemandem (einer Privatperson/oder einem Unternehmen) vorzuschreiben, welches Stromprodukt konsumiert werden soll. Deshalb ist auch nicht vorgesehen, die Stromwahl (welche im Übrigen sehr schnell wieder gewechselt werden kann) als Kriterium bei öffentlichen Aufträgen/Submission zu berücksichtigen.

Zu Frage 6:

Zu den Ökostromkundinnen und -kunden von ewb zählen bereits heute einige namhafte Firmen. Einige dieser Unternehmen legen Wert darauf, den Ökostrombezug zu kommunizieren; andere machen ihr Engagement für eine umweltgerechte Stromproduktion nicht bekannt. Ewb respektiert den Wunsch seiner Kundinnen und Kunden und publiziert selber keine Namenslisten mit Ökostromkunden.

Bern, 21. März 2007

Der Gemeinderat